

Gipfeltreffen Putin und Merkel tragen Meinungsverschiedenheiten an Pressekonferenz aus

EU und Russland reden Klartext

Die Beziehungen zwischen Russland und der EU sind definitiv auf dem Tiefpunkt angelangt. Am gemeinsamen Gipfel in Samara haben gestern beide Seiten offene Kritik geübt.

Christian Weisflog, Samara

Obwohl Bundeskanzlerin Angela Merkel flüssend Russisch spricht und Wladimir Putin ein gutes Deutsch pflegt, konnten die EU-Ratsvorsitzende und der russische Präsident nicht einmal ansatzweise eine gemeinsame Sprache finden. Und nicht nur deshalb, weil Putin mit Merkel gewöhnlich ausschliesslich über harmonische Themen auf Deutsch kommuniziert.

Die grimmigen Minuten der Kanzlerin und des EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso bei der abschliessenden Pressekonferenz nach dem zweitägigen Gipfel sprachen Bände. Fast schon verzweifelt versuchten Merkel, Barroso und Präsident Putin in ihrer Mitte die wachsenden Handelsbeziehungen zwischen der EU und Russland und die auf 1. Juni in Kraft tretenden Visa-Erleichterungen als Positivum herauszustreichen. Doch wolkenlos war alleine der Himmel im ehemaligen Sanatorium der kommunistischen Partei am Wolga-Ufer rund 1000 Kilometer südöstlich von Moskau. Merkel und Barroso nahmen Putin, der wie gewohnt dagegenhielt, regelrecht in die Zange.

Merkel setzte sich für Demo ein

Dass es ein «Krisen-Gipfel» werden würde, war anlässlich der vielen strittigen Themen bereits im Vorfeld erkennbar. Doch zur nun erfolgten Eskalation dürfte das kompromisslose Vorgehen der russischen Sicherheitskräfte gegen eine gestern Abend geplante Demonstration der Opposition in der Gebietshauptstadt Samara, rund 120 Kilometer vom Sanatorium entfernt, entscheidend beigetragen haben. Die Kundgebung wurde von den russischen Behörden erst definitiv erlaubt, nachdem sich Merkel persönlich dafür eingesetzt hatte. Bereits im Vorfeld wurden mehrere Organisatoren der Demonstration verhaftet und verhört. Gestern Morgen nun verwehrte die Polizei dem ehemaligen

Nahost

Neue Luftangriffe bei Gaza fordern Tote

Bei neuen Angriffen der israelischen Luftwaffe sind im Gazastreifen mindestens acht Palästinenser getötet worden. Kampfflugzeuge griffen ein von der radikal-islamischen Hamas genutztes Gebäude östlich von Gaza an. Dabei starben gestern vier Hamas-Leute und ein Passant, wie eine Militärsprecherin in Tel Aviv sagte. Drei Hamas-Leute wurden am Abend getötet, als die Luftwaffe eine Rakete auf ein Auto in Gaza feuerte. Militante Palästinenser feuerten mehr als zehn Raketen auf das israelische Grenzgebiet zum Gazastreifen.

Bei sporadischen Gefechten zwischen der Hamas und der rivalisierenden Palästinenserorganisation Fatah wurde gestern in der Nähe des Hafens von Gaza ein unbeteiligter Fischer erschossen. Zudem versuchten Hamas-Kämpfer, einen Geheimpolizisten zu verschleppen. Bei einer folgenden Schiesserei wurde ein Angehöriger des Geheimpolizisten getötet. Damit sind mindestens 54 Menschen in den seit fünf Tagen andauernden Kämpfen zwischen Palästinensern getötet worden.

Nach einem Bericht des israelischen Fernsehens gab Ministerpräsident Ehud Olmert am Vorabend grünes Licht für weitere Luftangriffe auf militante Palästinenser, die Israel mit Raketen beschossen. (dpa/reu)



Angela Merkel, Wladimir Putin und José Manuel Barroso bei einem Gespräch unter sechs Augen während des Russland-EU-Gipfels. (key)

Schachweltmeister Garri Kasparow, dem Kopf der Oppositionskoalition «Das andere Russland», in Moskau den Zutritt zum Flugzeug, das ihn nach Samara zur Demonstration bringen sollte.

Merkel sprach das Problem offen an: «Ich würde mir wünschen, dass die, die heute Nachmittag in Samara demonstrieren und ihre Meinung zum Ausdruck bringen wollen, das auch tun können. Ich bin etwas besorgt, dass manch einer Schwierigkeiten hat beim Anreisen.» Putin meinte darauf: «In fast allen Ländern wenden die Rechtsschutzorgane ihre Mittel auf primitive Weise an. Ist das gut oder schlecht? In vielen Fällen ist es nicht gerechtfertigt. Wir werden das mit unseren Rechtsschutzorganen

besprechen und auf alle Fälle für die Verbreitung objektiver Informationen durch Journalisten sorgen.» Auf die Frage eines Medienvertreters, warum sich die Staatsführung denn so fürchte vor friedlichen Demonstranten, meinte Putin: «Nach sieben Jahren, in denen die staatlichen und demokratischen Institutionen in Russland gestärkt wurden und sich das Einkommen der Bürger vervierfacht hat, müssen wir keine Angst haben vor marginalen Gruppierungen.»

Selbstbewusster Putin

Der russische Präsident kam ins Schwitzen, zeigte sich jedoch selbstbewusst – gestärkt durch Russlands wirtschaftliche Erfolge der letzten Jahre, aber

auch Tage: Vor einer Woche einigte sich Putin mit dem kasachischen und dem turkmenischen Präsidenten auf den Bau einer neuen Gaspipeline über russisches Territorium Richtung Europa. Damit ist nun das europäische Projekt einer Pipeline durch das kaspische Meer und unter Umgehung Russlands in Frage gestellt.

Im Gegenzug zu Merzels Kritik an der Demonstrationsfreiheit in Russland übte Putin harte Kritik am Vorgehen der estnischen Polizei gegen Ausschreitungen von Angehörigen der russischen Minderheit in Tallinn. Diese protestierten gegen die Versetzung eines sowjetischen Weltkriegsdenkmals. Auch bezüglich des derzeitigen Hauptthemas in den EU-Russland-Beziehungen, die Aufnahme von Verhandlungen zu einem neuen Partnerschaftsabkommen, suchte Putin den wunden Punkt der EU: «Die Verhandlungen über ein neues Abkommen haben noch nicht begonnen. Aber wir dramatisieren dies nicht. Die EU soll zuerst ihre inneren Probleme lösen.» Die derzeitigen Meinungsverschiedenheiten zwischen Brüssel und Moskau, so betonte Putin, beruhten ausschliesslich auf dem wirtschaftlichen Egoismus einzelner EU-Staaten. Damit spielte er auf das Warschauer Veto gegen die Aufnahme von Verhandlungen über ein neues EU-Russland-Abkommen an, solange Moskau das Importverbot auf polnisches Rindfleisch und andere Landwirtschaftsprodukte aufrecht halte.

Klare Position eingenommen

Tatsächlich sind sich die EU-Mitglieder seit längerem uneins, wie sie mit Russland umgehen wollen. Während die alten Mitglieder mehr auf Dialog setzen, sprechen sich die neuen, osteuropäischen Mitglieder wie Polen für eine härtere Haltung aus. Nun aber nahmen Merkel und Barroso eine klare Position ein: «Ein Problem eines EU-Mitglieds ist ein EU-Problem, denn die EU basiert auf dem Prinzip der Solidarität», versicherte der Kommissionspräsident.

Nach dem Mittagessen sprachen Barroso, Merkel und Putin über internationale Themen: Iran, Afghanistan, Nahost und Kosovo. Besonders bei letzterem Punkt sind sich die beiden Parteien ebenfalls uneins. Russland lehnt selbst eine schrittweise Souveränität für den Kosovo ab. Doch trotz aller Meinungsverschiedenheiten bietet die offen ausgebrochene Krise die Chance, lange ignorierte Diskrepanzen und ungesunde Entwicklungen aufzuarbeiten.

Südkorea Prinzipielle Einigung mit Nordkorea über Bahnverkehr

Annäherung durch zwei Bahnlinien

Süd- und Nordkorea sind sich prinzipiell über die stufenweise Aufnahme eines Betriebs zweier grenzüberschreitender Eisenbahnlinien einig.

Nordkorea sei der gleichen Meinung, dass die ersten Zug-Testfahrten auch zu einem regelmässigen Bahnverkehr führen sollten, sagte der südkoreanische Vereinigungsminister Lee Jae Joung am Freitag in einem Radiointerview. «Süd- und Nordkorea stimmen darin überein, dies Schritt für Schritt zu tun», wurde er von der nationalen Nachrichtenagentur Yonhap zitiert. Über den möglichen Zeitpunkt der Aufnahme des Bahnverkehrs machte Lee allerdings keine Angaben. Das Thema werde bei den für Ende Mai geplanten bilateralen Ministergesprächen über eine Verbesserung der Beziehungen und Zusammenarbeit weiter diskutiert, hiess es.

Sicherheitsgarantien gegeben

Am Vortag waren zu Testzwecken zum ersten Mal seit 56 Jahren wieder zwei Züge über jeweils einen Grenzkorridor im West- und Ostteil der geteilten koreanischen Halbinsel gerollt. Die nun wiederhergestellten Strecken waren zu

Beginn des Korea-Kriegs unterbrochen worden. Die vorerst einmaligen Testfahrten am Donnerstag waren zu Stande gekommen, nachdem die Streitkräfte beider Länder in der vergangenen Woche einer Garantie für die sichere Durchfahrt über die streng bewachte Grenze zugestimmt hatten. Seoul hatte

allerdings vergeblich gehofft, bei den Militärgesprächen eine permanente Sicherheitsgarantie für den künftigen Bahnbetrieb zu erzielen. In Südkorea waren aus diesem Grund Zweifel an Nordkoreas Bereitschaft aufgekommen, schon bald einen regelmässigen Zugverkehr zuzulassen. (dpa)



Noch sind es nur Testfahrten, doch bald soll es zwischen Nord- und Südkorea wieder einen regelmässigen Bahnverkehr geben. (key)

Algerien

Wahlerfolg für Bouteflika

Aus der Parlamentswahl in Algerien ist das Bündnis um Präsident Abdelaziz Bouteflika als klarer Sieger hervorgegangen. Es erreichte mit 249 von 389 Abgeordneten erneut die absolute Mehrheit, wie Innenminister Yazid Zerhouni am Freitag mitteilte. Das Bündnis besteht aus der früheren Einheitspartei Nationale Befreiungsfront (FLN) von Bouteflika und Regierungschef Abdelaziz Belkhadem als grösster Fraktion, der liberalen Nationalen Sammlungsbewegung für Demokratie (RND) des früheren Ministerpräsidenten Ahmed Ouyahia sowie der islamische Bewegung der Friedensgesellschaft (MSP).

Befreiungsfront mit Einbussen

Auf Bouteflikas FLN entfielen 136 Sitze, wie Zerhouni unter Berufung auf amtliche Zahlen sagte. Die RND erhielt 61, die MSP 52 Sitze. RND und MSP legten auf Kosten der Nationalen Befreiungsfront zu, die gegenüber 2002 38 Mandate einbüsste. Die weit links stehende Arbeiterpartei (PT), die als einzige von einer Frau – Louisa Hanoune – geführt wird, kam auf 26 Sitze. Sie wurde damit zur stärksten Kraft im Parlament nach den drei Fraktionen des Präsidentenbündnisses. Die laizistische Sammlungsbewegung für die Kultur und die Demokratie (RCD) von Saïd Sadi, die 2002 die Parlamentswahl boykottiert hatte, ist im künftigen Parlament mit 19 Abgeordneten vertreten.

Es war die dritte pluralistische Parlamentswahl in Algerien seit der Annulierung eines Urnengangs von 1991, aus dem die mittlerweile aufgelöste Islamische Heilsfront als Siegerin hervorgegangen war. Die Wahlbeteiligung war die mit Abstand niedrigste der Geschichte. Nur 36,51 Prozent der knapp 19 Millionen Wahlberechtigten stimmten ab und dokumentierten damit ihr Desinteresse an der Wahl. (afp)

In Kürze

Anschlag auf Moschee

Neu Delhi. Bei einem Bombenanschlag auf eine Moschee in der südindischen Stadt Hyderabad nach dem Freitagsgebet sind offiziellen Angaben zufolge mindestens sieben Menschen getötet und 35 verletzt worden. Sicherheitskräfte verhinderten eine grössere Katastrophe, indem sie weitere Bomben in dem Gotteshaus rechtzeitig entschärfen. Innenstaatssekretär Madhukar Gupta ging von einem Terrorakt aus. Zunächst bekannte sich niemand zu der Tat. (dpa)

Aktionsplan für Afrika

Potsdam. Die grossen Industriestaaten wollen gut geführte Regierungen in Afrika stärken. Drei Wochen vor dem Gipfel in Heiligendamm diskutieren die G-8-Finanzminister darüber, wie Vertrauen geschaffen und nachhaltiger investiert werden kann. An einem Vorbereitungstreffen in Potsdam wollten sie am Freitag und Samstag mit mehreren afrikanischen Finanzministern einen Aktionsplan für «gute Regierungsführung» verabschieden. Damit sollen günstigere Voraussetzungen in Afrika für Wachstum, Entwicklung und Armutsbekämpfung geschaffen werden. (dpa/reu)

Journalisten im Irak getötet

Bagdad. In Bagdad sind zwei irakische Journalisten getötet worden, die für den US-Fernsehsender ABC arbeiteten. Sie wurden am Donnerstagabend auf dem Nachhauseweg im Auto erschossen, wie ABC auf seiner Internetseite bekannt gab. Seit dem US-Einmarsch im Irak 2003 kamen nach Angaben der Organisation Reporter ohne Grenzen mindestens 174 Medienschaffende in dem Land gewaltsam ums Leben. (afp/dpa)

Anschlag auf Busbahnhof

Manila. In dem seit Jahren von Separatistenanschlägen erschütterten Süden der Philippinen ist gestern in einem Busbahnhof eine Bombe explodiert. Mindestens drei Menschen kamen nach Polizeiangaben ums Leben, 20 wurden teilweise schwer verletzt. (dpa)